

Danziger Zeitung.

№ 18067.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettlerhägergasse Nr. 9, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslands angenommen. Preis pro Quartal 3,50 Mk. — Inzerate kosten für die ersten 5 Zeilen 10 Pf. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1889.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 31. Dez. (M. I.) Das „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht ein Telegramm aus Zanzibar vom 30. Dezember Nachmittags, welches besagt: Die Peters'ische Expedition ist nicht niedergeworfen, befindet sich vielmehr nach Soeben hier eingelaufenen Meldungen auf dem Marsche zwischen dem Kenia-See und dem Baringo-See. In Witu ist alles ruhig. (Der Baringo-See liegt in nordwestlicher Richtung vom Kenia in der Mitte des Weges vom Kenia zum Victoria-See.)

Berlin, 31. Dezbr. (Privattelegramm.) Im nächsten Jahre soll in Berlin ein von London aus angeregter internationaler Bergarbeiter-Congress stattfinden.

— Es soll ein neues Ausschreiben zu einer beschränkten Concurrenz für das Kaiser Wilhelm-Denkmal ergehen. Die ausgesetzten Künstler sollen reichlich entschädigt, ihre Arbeiten sollen Eigentum des Reiches werden.

Mannheim, 31. Dezember. (Privattelegramm.) Der Delegirte der Volkspartei war von 200 Vertrauensmännern besucht, darunter die Hälfte Landleute, welche einen gänzlichen Umschwung der Stimmung bekundeten.

Wien, 31. Dezember. (Privattelegramm.) Der Reichshofrath Prins Reuß ist an der Influenza erkrankt. Gestern starben daran Ober-Landesgerichtspräsident Keller, der Herrenhäuser Baron Härdtl und Prof. Rosenthal. Professor Rothnagel erklärt es für nothwendig, daß Influenzkranken noch 8 Tage nach der scheinbaren Genesung nicht ausgehen.

Baron Berger reichte seine Entlassung ein, weil er nicht zum provisorischen Director des Burgtheaters ernannt worden ist.

Prag, 31. Dezbr. (M. I.) Bei den heutigen Landtagseröffnungswahlen in den Landgemeinden wurden sämmtliche Candidaten des deutschen Centralwahlcomitès wiedergewählt. Die Wahlbetheiligung war annähernd dieselbe, wie bei den letzten Wahlen.

Peß, 31. Dezbr. (Privattelegramm.) In Arebitz fand gestern eine Versammlung der nordböhmischen Bauern statt, welche sich für eine Vereinigung mit Deutschland, eventuell für einen mitteleuropäischen Zollbund aussprach.

London, 31. Dezember. (Privattelegramm.) Stiefle Nachrichten bestätigen eine Explosion der Dampfmaschine, welche in Ostchina das elektrische Licht erzeugt. Der Unfall wird auf verbrecherische Absichten zurückgeführt.

Rom, 31. Dezbr. (M. I.) In dem gestrigen Consistorium hielt der Papst eine Allocution; er zeigte dabei die Ernennung zweier Cardinäle an, befiel sich aber die Namensnennung vor, bis er die Zeit dazu für gekommen erachte.

Newyork, 31. Dezbr. (Privattelegramm.) In Westvirginien, unweit der weißen Schwefelquellen, stürzte ein Personenzug vom 190 Fuß hohen

Bahndamm herab. 11 Personen sind todt, 25 schwer verletzt.

Politische Uebersicht.

Danzig, 31. Dezember.

Die neue Wahlparole.

Am 8. Januar beginnen wieder die Arbeiten des Reichstags, und es heißt, daß etwa zur Zeit dieses Termins auch der Herr Reichskanzler in Berlin eintreffen werde. Damit wird diesen Mitgliedern der Cartellparteien, welche vom Herrn Reichskanzler erwarten, daß er ihnen sagen werde, was sie eigentlich wollen und erreichen sollen, ein Stein vom Herzen fallen. Denn es wissen es noch nicht. Zwar die Officialen haben gesprochen. Aber sie reden bald diese, bald jene Sprache. Zuerst nahmen sie die äußerste Rechte der Cartellparteien, die Herren von der „Arbeitszeitung“ scharf ins Gezielte. Dann, als die Nationalliberalen sich darüber freuten, ging man auch gegen die Nationalliberalen vor, welche als ebenfals schlecht dargestellt wurden, wie es bekanntlich die Deutschfreisinnigen sind. Und dazwischen wurden allerhand Blüthe, von denen man nicht genau wußte, ob sie aus Jupiters eigener Hand kamen oder nur unhaltbare Tagesabteilungen irgend eines Reptils erster, zweiter oder dritter Klasse waren, das man heute benutzt und morgen, wenn es un bequem wird, dementirt. Von Fürst Bismarck wird erwartet, daß er der Ungewißheit ein Ende mache und sage, was diesmal zu den Wahlen zu sagen gut ist und was nicht, was „national“ und was nicht. Denn „national“ muß doch einmal alles sein. Gewiß hat der Herr Reichskanzler es sich manche schöne Stunde des Spazierengehens im schönen Sachsenwalde kosten lassen, um über eine wirkliche Parole für seine Getreuen nachzudenken. Darauf kommt sehr viel an. Die Wahlparole der Gouvernementeal bei den Septennatswahlen von 1887 — Septennat oder nicht, kaiserliches oder Parlamentarisches, dann Franzosen, Türken, Aseren, Melinit, Dikrinsäure, Bomben und Baracken — war ja natürlich nur auf diejenigen unter den Wählern berechnet, die der Furcht und Angst, nicht aber höher Ueberlegung zugänglich waren. Vor einer irgend- wie sachlichen Prüfung konnte sie nicht bestehen. Diese Wahlparole sollte einmal die deutschen Wähler in die Irre führen. Und diesen Zweck hat sie ja in weiten Kreisen redlich erfüllt. Die Frage, wie es mit der Wahlparole für die bevorstehenden Reichstagswahlen bestellt sein werde, ist von unserer Seite nicht mit irgend einem, wenn auch guten Will abzu thun. Der Herr Reichskanzler berechnet sehr genau die Wirkung, welche eine Wahlparole oder ein Wahlmandat auf die Wählerschaft haben kann. Er benutzt jedes Wahlmandat, wenn es nur auf die Wählerschaft die beabsichtigte Wirkung ausübt. Die officialen und die Cartellpreise wird jede Wahlparole als ein unveräußerliches „nationales“ Erbschick darstellen und keinen Strich davon abgeben wollen in der Meinung, daß jeder Strich und jedes Mandat mitgemacht werden müsse, um nicht unsere Mehrkraft zu schädigen. Und wer auch in sachlicher Darstellung es unternimmt, die augenblicklichen militärischen Pläne der Berliner leitenden militärischen Kreise einer wenn auch noch so unbefangenen und sachlichen Kritik zu unterziehen, der wird bald erfahren, daß jede Kritik unpatriotisch ist.

Und so geht es so ziemlich auf allen Gebieten. Wenn also der Reichskanzler die neue Wahlparole

ausgehen wird, so wird es ihm an Gläubigen nicht fehlen. Das Cartell war ja vorher schon fertig. Zur Zeit ist es freilich nur die Form, den Inhalt wird der Reichskanzler erst geben. Gläubigerweise haben die Freisinnigen von einer neuen Wahlparole weder zu fürchten noch zu hoffen, ihre Wahlparole ist fix und fertig; sie kämpfen, und dadurch unterscheiden sie sich von den Cartellparteien, für ihre eigenen Ueberzeugungen und für ihr liberales Programm, welches vor zwei Jahrzehnten auch dasjenige der Nationalliberalen gewesen ist.

Bushiri redivivus.

Als neulich Bushiri, der Anführer des ostafrikanischen Aufstandes, gefangen und standrechtlich hingerichtet worden war, haben wir der Bedeutung dieses Erfolges gerecht zu werden versucht, aber auch vor einer Ueberschätzung des Erfolgs gewarnt, indem wir schrieben:

„Man wird auch jetzt gut daran thun, um sich neue Erfahrungen zu ersparen, die nicht außerhalb des Bereiches der Möglichkeit liegen, die Bedeutung von Bushiris Vernichtung nicht zu überschätzen und nicht allzu große Hoffnung auf sie zu setzen. Ausgeschlossen ist es auch bei dem sanftmüthigen Hase, der die ihm ihr Dasein kämpfenden arabischen Elemente gegen die deutsche Herrschaft erfüllt, durchaus nicht, daß sich ein anderer an des hingerichteten Stelle stellt, daß sich somit ein neues Centrum zur Fortführung und weiteren Organisation des Widerstandes bildet, dessen Niederhärzung dem Reichscommissar leicht ebensolche Anstrengungen verurlassen kann, als ein fortgesetzter Kampf gegen Bushiri selbst.“

Diese Annahme hat sich leider nur zu schnell und, wie es scheint, in vollständigem Umfange bestätigt. Eine telegraphische Meldung der „Times“ aus Zanzibar vom 29. Dezember besagt:

„Es geht das Gerücht, die deutsche und englische Flotte würden unverzüglich nach der Zanzibarküste zurückkehren. Der deutschfeindliche Araberchef Bwana Herr rückt mit 6000 Streikern vor, um die Deutschen in der Nähe von Pangani anzugreifen. Vor zwei Tagen bereits griff er eine deutsche Truppenabtheilung an, wobei ein Offizier tödtlich verwundet und einige Mannschaften gefangen wurden. Wismann sammelte eine Streitmacht in Bagamoyo und marschirt dem Hauptling, begleitet von einigen Dampfern, entgegen. In den arabischen Plantagen, unweit Zanzibar, fanden Ruhestörungen statt, zu deren Unterdrückung 200 Zanzibarische Truppen entsendet werden mußten.“

Das sind schlimme Botschaften, deren Bestätigung freilich um so mehr abzuwarten bleibt, als sie bisher nur aus englischen Quellen entfloßen sind und von deutscher Seite darüber noch nichts verlautet ist. Das letztere ist jedoch insofern nicht entscheidend, als ja Wismann, wie man sich erinnern wird, seinen Leuten ausdrücklich verboten hat, irgend welche Privatmeldungen über den Stand der Dinge nach Deutschland gelangen zu lassen, was uns freilich um so unbegrifflicher erscheint, als man doch in Deutschland allgemein ein lebhaftes Interesse an den ostafrikanischen Vorgängen nimmt und andererseits Veröffentlichungen in deutschen Blättern eventuell selbst über Wismanns Pläne sicher nicht unseren arabischen Gegnern zu Gute kommen würden. „Man erfährt“, bemerkt zu dieser Seite der Angelegenheit mit Recht die „Post“, „in Deutschland auf amtlichem und officiellen Wege nur von Siegen und Erfolgen des Reichscommissars, ohne durch die Reichsseite der Medaille gehört zu werden. Es bleibt aber

Fälle, in denen diese Schonung verhängnißvoll werden kann und mit der schuldigen Achtung vor der Wahrheit schwer zu vereinigen wäre; ein solcher Fall läge vor, wenn es sich bestätigte, daß eine deutsche Truppenabtheilung einen arabischen Angriff abzuwehren hatte, wobei ein Offizier tödtlich verwundet und mehrere Mannschaften gefallen sind. Daß man von solchem Vorgange in Deutschland erst auf dem Wege über England Kenntniß erhält, ist für die Art der ostafrikanischen Berichterstattung bezeichnend. Ob an amtlicher Stelle hier Mittheilungen über diese Dinge vorliegen, ist gleichfalls öffentlich noch nicht bekannt. Für Siegesbezeugungen ist, wie die Weltblätter zeigen, der Telegraph von Zanzibar nach Berlin bisher nicht geschont worden. Das deutsche Publikum hat aber ein Recht auf Wahrheit, auch wenn sie den Wünschen und Erwartungen nicht entspricht; es hat das Recht vor allem dann, wenn der Verlust deutscher Angehöriger zu beklagen ist, deren Familien durch die verbreiteten Siegesnachrichten in eine trügerische Sicherheit versetzt worden waren.“

Die Ankündigung von der Rückkehr des deutschen und des englischen Geschwaders an die Zanzibarküste scheint bis jetzt noch am wenigsten thatsächlichen Hintergrund zu haben. Die Entstehung dieses Gerüchtes würde durch die Wünsche der Europäer auf Zanzibar schon hinlänglich erklärt sein; die Erfüllung dieser Wünsche wäre indessen eine Frage für sich. Soviel bemerkt aber die obige Meldung der „Times“ jedenfalls, daß nicht nur die Gährung im Innern neue Nahrung findet, sondern auch an der Küste selber unter den Augen der deutschen Schutzmacht noch lange nicht erloschen ist. Woher sonst die Ruhestörungen in den arabischen Plantagen unweit Zanzibars, zu deren Unterdrückung der Sultan selber mit seinen Truppen einschreiten mußte? Gegen wen die Störungen gerichtet sind, erhellt noch nicht, sie zeigen aber, daß unter der Decke der Funken in bedrohlicher Weise weiterglimmt, bereit, bei erster Gelegenheit zu heller Flamme emporzulodern.

„Der eine Theil des Liberalismus gegen den anderen.“

Ueber die bevorstehenden Wahlen schreibt die „Magd. Ztg.“:

„Mit dem Ultramontanismus und der Socialdemokratie verbunden wird auch diesmal der eine Theil des Liberalismus (also die Freisinnigen) gegen den anderen (also die Nationalliberalen) zu Felde ziehen und damit den verschiednen Gegnern jedes Liberalismus die größte Freude bereiten.“

Wohl bemerkt, sagt dazu die „Liberal Correspondenz“ zutreffend: die verschiedenen Gegner jedes Liberalismus, welchen durch diesen den Freisinnigen ausgemessenen Wahlkampf die größte Freude bereitet wird, sind die mit den Nationalliberalen verbundenen conservativen Parteien. Diese Schlage ist so klar, daß niemand, der auch nur einen Augenblick nachdenkt, sich durch die unwahre Darstellung der „Magd. Ztg.“ täuschen lassen wird. In seinem Wahlkreis weiß jeder Wähler von vorne herein, daß ein Wahlbündniß der Freisinnigen mit den Ultramontanen und Socialdemokraten nicht besteht. Daß dies auch in anderen Wahlkreisen nicht der Fall ist, kann der einzelne Wähler nicht so leicht feststellen, und deshalb fordern wir hiermit die „Magd. Ztg.“ auf, den oder die Wahlkreise zu bezeichnen, in denen die freisinnige Partei einen gemeinsamen Candidaten

Stadt-Theater.

Nach langjähriger Pause erschien gestern wieder Aubers genialstes Werk „Die Stumme von Portici“ unter der feurigen, ganz in dem Geiste des Werkes ausgehenden Leitung des Herrn Reichaupt. Die Ouvertüre hatte in Bezug auf die Klangverhältnisse und den Einfluß der zur Zeit allgemein wirksamen Verhältnisse zu verspüren, dem sich menschlicher Weise das Theater auch nicht entziehen kann, und der erste Akt litt wohl gleichfalls in Folge derselben an dem Mangel eines Tenors, der der Aufgabe des für die dramatische Exposition eigentlich unentbehrlichen ersten Duellanten zwischen Alfons und Lorenzo gewachsen wäre, welches die Erzählung von Alfons' Vergehen an der stummen Fenella enthält. Und so fehlte der Akt gleich mit dem allgemeinen Chor und dem daran sich knüpfenden Erscheinen der im Glücke strahlenden Braut Elvira ein. Daß das von ihr — bis der Brauttag sie zur Trauung abholt — befohlene Ballet um den einen Tanz gekürzt wird, ist gut, da es die kaum begonnene und hier noch gekürzte Handlung ohnehin gleich wieder sistirt. Dann erscheint Schütz stehend Fenella — die Bekanntheit des Hörers mit der Oper von früherer Zeit mußte nun als Voraussetzung dem Auftreten der Fenella und der Güte Elvirens die tragische Vorbedeutung erst verleihen. Das allerdings sehr schwierige Ensemble, die vorletzte Nummer des Aktes, und das Finale desselben liegen in Bezug auf das sichere Zusammengreifen der Körpern mit dem Chor noch mancherlei zu wünschens übrig, während der Chor seine eigene Aufgabe wohl beherrscht. Des Chores haben wir überhaupt diesmal mit Auszeichnung zu gedenken; seine Aufgabe ist hier eine ohne Vergleich umfangreichere und bedeutungsvollere, als man es in der französischen und italienischen Oper gewohnt ist; er ist als das Volk in diesem Aufstandsdrama repräsentirend, völlig wie ein Acteur in demselben theilhaft und hat namentlich in Bezug auf stoffe und deutliche Rhythmik Ungewöhnliches zu leisten. Durchweg war die fleißige Hand des Chor-

dirigenten zu spüren, und wenn es auch nicht mit besonders schönem Klang (bei den heiseren Stimmen) gleich, so erwarb der Chor sich doch durch Sicherheit, Reinheit und Lebendigkeit einen ganz wesentlichen Antheil an dem Verdienst des Gelingens im Ganzen, welches der gestrigen Aufführung vom zweiten Akt an in besonderer Maße nachzurühmen ist. Das a capella-Gebiet am Schluss des dritten Aktes ist dabei besonders hervorzuheben.

Die Bedeutung der Musik liegt in der genialen Offenbarung des französischen Volkscharakters mit allem, was er an Freiheits-Fanatismus und revolutionärer Frenesie in sich trägt — ist es nicht bei dem ersten Anlauf des Orchesters gleich, als wenn die Furie des Aufstandes die Fackel zündend in Paläste schleuderte? Das hinreißende Ausdrucksvermögen der Oper in dieser Beziehung, welches der Dirigent so wirkungsvoll ersah, daß man die augenblickliche Mangelhaftigkeit der orchestraalen Mittel vergessen konnte, macht es wohl begreiflich (namentlich wenn man sich die an einem großen Theater aufgewendeten Massen hingedenkt), daß der rührende Funke des Aufstandes in Brüssel und auch in Warschau unmittelbar von der Bühne in das Straßenleben übergesprungen ist — belläufig zu urtheilen dessen in letzterer Stadt bei jeder Aufführung dieser Oper noch heute stets zwei Extra-Wachposten am Theater stehen. Das Weitere erklärt die Handlung, ohne daß es gerade ein schönes Geheimniß ist, was wir aus ihr zu entnehmen haben: sie kam dem Massengefühl entgegen, der Pöbel und der Fürstentum hatten ihre Eigenschaften ausgelassen: der Fürst hält sein Wort um jeden Preis, in jeder Gefahr, was bisher als specielle Fürstentugend galt, der Fürst läßt sich, wie kaum ein neapolitanischer Fürst es gethan hätte, auf dem Gange zur Trauung vor allem Volk durch ein Mädchen aus dem Volke, das er vorher zu Tode gebracht, blamiren. Das hätte anno 1647, wo die Handlung spielt, ein solches Mädchen nie gewagt, und noch weniger hätte ein Fürst durch eine solche Alltäglichkeit sich öffentlich aus der Rolle werfen lassen, und dies allenfalls, nicht die Sache selbst, hätte die Braut ihm übel genommen. Hätte er vielleicht sein fürstliches Wappen in die

Schärpe fassen lassen sollen, die er dem Mädchen schenkte? Sie war stumm — das erhöht sein Vergehen laut Duet Nr. 1. Aber sie ist ja sehr intelligent, fast intelligent als er selber. Sodann entsprach es dem Zuge der Zeit, daß große historische Angelegenheiten mit kleinen persönlichen verbunden wurden, weil man vernünftiger hatte, große Dinge unpersönlich zu behandeln und zu empfinden: eigentlich hätte ja jemand gar kein Recht, im Namen des Vaterlandes und des Volkes zu reden und zu handeln, der dazu ein solches Stimulans wie die Schande seiner Schwester gebraucht. Dem Componisten war die politische Aufregung, die er hervorbrachte, sicher nicht Zweck gewesen; der Feuergeist, der so unvergleichlich in seinen Tönen lodert und spricht, brachte sie mit dem Sujet zu Wege, das ihm eigentlich geradezu nur Stoffe zu seiner Musik war, die er nicht übernahm. Nicht einmal der Librettist selbst, Scitte, hat es auf dergleichen abgesehen: das Fürstenthum liegt ja in dem Stück, sogar mehr als billig, über alle privaten Schmerzen hinweg, und undramatisch genug spielen sich die 5 Akte um einen mißlungenen Züchterpuls ab, um ein Gegenkönigthum von 12 Stunden. Selbst die so stark aufregende Partie der stummen Fenella ist bekanntlich ein Kind der Noth: die Sängerin der Fenella in der ursprünglichen Fassung der Oper wurde und blieb krank, und um die Aufführung in Paris nicht zu verlieren, that Aubert den Geniestreich, die Partie zu einer stummen zu machen und sie vom Orchester „sprechen“ zu lassen. Es war ein interessanter Versuch, ob Tonsprache und Gebärden- sprache zusammen wirklich zum Sprechen, zur verständlichen Mittheilung ganzer Vorgänge, wie Flucht aus dem Gefängnis etc., für den Zuhörer hinreichten. (Berlitz hat nachher die Möglichkeit sogar für die Musik ohne Gebärden behauptet; die Frage ist natürlich zu verneinen.) Ohne Vorkennniß durch das Textbuch selbst des Hörers wäre Fenellas Ausrufen nicht verständlich. Davon, ob es solche stumme Gebärden gibt, die nicht taub sind, ist Referent nicht unterrichtet, zweifelhaft erscheint es. Auch noch andere Versuche, und zwar besser gelungene, enthält

die Oper, wie die Musik zu einer ganzen Handlung, die nicht sichtbar und dem Zuschauer im Theater durch einen Zuschauer im Stück vermittelt wird; es entsteht dadurch eine ungemein weite Perspective, mit der die Musik sich wirksam genug verbindet. Das zweite Mal geschieht die Vermittelung sogar bloß durch die Gebärden- sprache der Fenella, alles ungemein geistreich und dem Componisten wichtiger gewesen, als der politische Sinn und Effect der Oper, wenn auch noch keiner wieder den Schrei der rothen Bestie so markant in Musik gesetzt hat, es sei denn Peter Benoit in Antwerpen mit seiner Cantate Charlotte Corday.

Gefungen wurde meistens vortrefflich. Herr Fihau gab den Masaniello mit Kraft, mit Feuer und Virtuosität, abgerechnet einige dem deutschen Sänger allzu ungewohnt rasche Bewegungen in fordbauernd hoher Lage und eine momentane Gedächtnisverlustigkeit im Finale des dritten Aktes. Die Rolle stellt nach der lyrischen Seite, neben der hochdramatischen, gleichfalls nicht geringe Anforderungen, und Herr Fihau erzielte nach beiden Seiten eine nachhaltige, künstlerisch wohltuende Wirkung; wir können es uns erlauben, auf das Einzelne einzugehen, der Künstler hatte erfolgreich seine Kraft und seine Vorzüge an Alles gleichmäßig gewendet. Frau v. Weber zeichnete sich als Elvira besonders mit dem tiefempfindlichen und wohlbedachten Vortrage der Canzone und weiter im Finale des vierten Aktes aus. Fräul. Schach spielte die Stumme sehr wirksam und lebendig mit genauem Verständniß der musikalischen Andeutungen, die sie mimisch zu ergänzen hat. Fr. Lande sang und spielte den Alfons sehr dankenswerth und ganz dem Sinne der Rolle entsprechend. Den Selva gab Fr. Arleg mit bekannter Festigkeit und Würde im Gesang wie im Spiel. Dem Pietro verlieh Fr. Büsing charakteristisches Leben, ganz im Sinne der nationalen Basis, auf der die Partie steht, und sang die große Barcarole im fünften Akt mit Auszeichnung. Fr. Wolleken bildete mit seinem Borella eine kräftig gezeichnete Gestalt in den Zusammenhang des Ganzen hinein. Den Lorenzo sang Fr. Dobner, so weit er zum Worte kam, ganz angemessen und gut.

Dr. C. Fuhs.

mit dem Centrum oder den Socialdemokraten aufstellt. Ist sie dazu nicht im Stande, so erwarten wir, daß sie ihre Behauptung als unrichtig zurücknimmt. Daß im übrigen auch die „Magd. Ztg.“ bis auf weiteres, d. h. bis zum Ableben des Reichskanzlers, die liberalen Ideen in den Schutz des Cartells stellen will, ist in hohem Grade bedauerlich. Wer das thut, der möge uns doch mit der Versicherung versehen, daß das Wahlbündniß der Nationalliberalen mit den Conservativen das Reich vor der ultraconservativen Reaction bewahrt; das heißt unserer Ansicht nach den Teufel durch Beelzebub austreiben.

Bürgerliches Gesetzbuch.

Nachdem die letzten Nebengesetze zum bürgerlichen Gesetzbuch, nämlich die Entwurfsur Grundbuch- und Substitutionsordnung mit Motiven fertiggestellt worden sind, hat die Reichsjustizverwaltung Anordnung getroffen, um die Stellungnahme der verbündeten Regierungen zu dem bürgerlichen Gesetzbuch überhaupt zu erleichtern. Zu diesem Zwecke ist der „St. G.“ zufolge den einzelnen Landesregierungen von Seiten des Reichsjustizamtes eine gefasste Zusammenstellung von Gutachten zum bürgerlichen Gesetzbuch zugegangen, welche bei den Verhandlungen der einzelnen Landesjustizverwaltungen als wertvolles Material dienen und dieselben erheblich beschleunigen wird.

Der Waarendurchgangs-Verkehr.

In den letzten Jahren hat der unmittelbare Waarendurchgangs-Verkehr durch Deutschland einen merklichen Rückgang erfahren, der auch durch eine kleine Wiederzunahme im vergangenen Jahre keineswegs wieder ausgeglichen worden ist. Nach den Uebersichten, welche der kürzlich erschienene II. Band der deutschen Handelsstatistik für 1888 enthält, belief sich nämlich in den Jahren 1880 bis 1888 die direct durchgeführte Waarenmenge auf folgende Tonnenzahl:

1880	1823 913 Tonnen,
1881	1852 360 „
1882	1990 936 „
1883	2187 896 „
1884	2026 715 „
1885	1678 104 „
1886	1684 021 „
1887	1759 898 „
1888	1779 824 „

Die hiernach seit 1884 im Vergleich zu den Vorjahren zu constatirte nicht unerhebliche Abnahme dieses Verkehrs tritt namentlich in zwei Richtungen hervor. Einmal hat sich die Durchfuhr in der Richtung von der Nord- und Ostsee nach den Nachbarländern des deutschen Zollgebiets beträchtlich vermindert; die Ursache ist wohl in der Concurrenz weiter westlich gelegener Häfen, namentlich der belgischen, und in der Einfuhr immer mehr erscheinenden russischen Zollgesetzgebung zu suchen. Andererseits weist eine erhebliche Abnahme auch die Durchfuhr in der Richtung von Oesterreich-Ungarn nach Frankreich und der Schweiz und umgekehrt auf; hier dürfte die Erklärung in der Eröffnung der Arlbergbahn und in der hierdurch bewirkten Ablenkung eines Theils der Durchfuhr von Ost nach West und Südwest durch das Zollgebiet und umgekehrt zu finden sein. Das dem deutschen Transitverkehr auf diese Weise entgehende Güterquantum ist nicht unbeträchtlich; trotz des allmählichen Wiedersteigens der Ziffern hat das Jahr 1888 gegen 1883 doch noch immer einen Ausfall von 408 072 Tonnen oder rund 18 Proc. ergeben.

Zu dem Gesetzentwurf betreffen die Gewerbe-gerichte.

Die Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs betreffend die Gewerbegerichte mit einigungsamtlichen Befugnissen ist, wie die „St. Corr.“ wiederholt berichtet, in den Ausschüssen des Bundesrathes bzw. in einer Subcommission derselben erfolgt. Dieser Modus der Ausarbeitung einer Gesetzentwurf ist zwar ein ungewöhnlicher, indem dieselbe in der Regel seitens eines Reichsamtes oder seitens eines Bundesstaates, insonderheit Preussens erfolgt, und dann als Gesetzentwurf an den Bundesrath gebracht wird. Dennoch ist der vorliegende Fall kein vereinzelter und es haben an der Ausarbeitung des Gesetzentwurfs betreffend die Gewerbegerichte im Schooße des Bundesrathes auch Commisars des Reichsamtes des Innern und des Reichsjustizamtes als Hülfsmittel theilgenommen. Was den Inhalt des Gesetzentwurfs anlangt, so hat man sich die Errichtung obligatorischer Gewerbegerichte nicht etwa in der Weise zu denken, daß sofort ein Netz derselben über das ganze Reich sich verbreitet, sondern es wird dem Bedürfnis immer noch ein gewisser Spielraum gelassen und ein Anschluß an die derzeitigen Bestimmungen der Reichsgewerbeordnung ins Auge gefaßt.

Hamburg und die Subventionirte Dampferlinie nach Ostafrika.

Der Bericht der Hamburger Handelskammer über das ablaufende Jahr enthält überraschender Weise einen besonderen Abschnitt, in welchem die Errichtung einer auf zehn Jahre subventionirten Dampferlinie nach Ostafrika befürwortet wird. Die Hamburger Handelskammer befindet sich hier auf einem etwas schwierigen Terrain. Als es sich f. 3. um die subventionirte Reichspostdampfer nach Ostafrika handelte, nahm die Handelskammer einen ablehnenden Standpunkt ein, namentlich, so weit es sich um die ostafrikanische Linie handelte. Die Handelskammer sucht ihre Bekehrung dadurch zu erklären, daß damals eine Anschlußlinie geplant gewesen sei, während es sich jetzt um eine directe Linie, und zwar von Hamburg aus handelt. Hierin liegt wohl das entscheidende Moment. Wäre die ostafrikanische Linie im Jahre 1885 beschlossen worden, so hätte der Norddeutsche Lloyd dieselbe mit allen übrigen übernommen; jetzt steht das Interesse Hamburgs in erster Linie. Daß das Reich in Ostafrika eine eigene Schutztruppe unterhält, kann kein Grund sein, eine Dampferlinie auf 10 Jahre zu subventioniren, denn bis jetzt ist die Aufrechterhaltung der eigenen Schutztruppe nur bis zum 1. April nächsten Jahres in Aussicht genommen. Die Handelskammer meint, im Jahre 1885 sei der Handelsverkehr mit Ostafrika noch nicht bedeutend genug gewesen, um die Aufwendung von Reichsmitteln zu rechtfertigen. Welchen Umfang der Handelsverkehr heute hat, darüber schweigt die Handelskammer. Eine erhebliche Steigerung des Handelsverkehrs erwartet sie offenbar auch für die nächsten Jahre noch nicht, da sie eine Reichsunterstützung für die nächsten 10 Jahre befürwortet.

Die englischen Colonien.

Wie uns aus London unter dem 27. d. Mts. gemeldet wird, ist dieser Tage eine amtliche Statistik über die britischen Colonien veröffentlicht worden. Hiernach bedecken die Colonien gegenwärtig einen Flächenraum von 8 000 000 engl. Quadratmeilen. Die Einwohnerzahl wird auf bedeutend mehr als 300 000 000 geschätzt. Die öffentlichen Einnahmen der Colonien haben sich in den letzten 15 Jahren beinahe verdoppelt und betrugen 1888 fast 124 000 000 £., die Einnahmen Indiens allein stellten sich auf 78 759 000 £. Entsprechend stiegen jedoch auch die Staatsschulden der Colonien während dieser Periode, nämlich von 200 000 000 £. auf 444 000 000 £. Allen voran im Schuldensachen war Australien, dessen Schuld von 46 000 000 £. auf 166 000 000 £. anwuchs. Ganz bedeutend hat die Schiffahrt der Colonien zugenommen. Während die Schiffe derselben im Jahre 1874 39 000 000 Tonnengröße besaßen, belief sich dieselbe in 1888 auf 70 000 000. Den größten Wachsthum zeigt auch in dieser Beziehung Australien, nämlich von 5 500 000 auf 13 000 000. Der Tonnengehalt der nordamerikanischen Colonien stieg dagegen in der bezeichneten Periode nur von 4 412 000 Tonnen auf 5 762 000 Tonnen. Der Einfuhrhandel der Colonien steigerte sich um fast 50 Prozent auf 217 000 000 £. Gleichen Schritt hielt damit der Ausfuhrhandel, dessen Werth sich im letzten Jahre auf 215 000 000 £. stellte. Die Statistik zeigt auch neue, welche große Bedeutung die englischen Colonien als Märkte für die Erzeugnisse englischer Industrie besitzen. Während England nämlich im Jahre 1874 für 80 000 000 £. Waaren aus den Colonien bezog, sankes den Colonien ziemlich bedeutend weniger dem Werthe nach. Im Jahre 1888 bezogen die Colonien aus England für 113 000 000 £. Waaren, während ihre Ausfuhr nach Großbritannien nur einen Werth von 93 000 000 £. erreichte. Indien allein führte im letzten Jahre Baumwollen-Garne und Producte um 14 000 000 £. mehr ein als im Jahre 1874. Fast Siebenel der Gesamteinfuhr Indiens kommen vom Mutterlande und die Hälfte des Restes von britischen Besitzungen. Außerdem wird fast die ganze Schiffahrt der Colonien von britischen Rheinen besetzt. Der vor einigen Jahrzehnten häufig gehörte Ruf, die Colonien könnten sich ohne Schaden vom Mutterlande losreißen, so bald es ihnen beliebt, ist jetzt fast gänzlich verstummt und bildet sicherlich nicht mehr das Lösungswort der englischen Politik, möge sich dieselbe in den Händen der Conservativen oder Liberalen befinden.

Die Jugend in Brasilien.

Begeisterte und aufrichtige Zustimmung hat die Revolution in Brasilien unter der Jugend des Landes gefunden, welche sich freilich nicht Rechenschaft darüber giebt, daß mit dem Wechsel der Staatsform vorerst nur wenig gethan ist. Studenten, Schulkinder, junge Handlungsbediener u. dgl. haben, wie man der „Münchener Allgem. Zeitung“ aus Rio de Janeiro unter dem 27. November schreibt, im ersten Rausch sich zusammengeworfen und Freiwilligenbataillone „zum Schutze der Republik“, die vorläufig noch gar nicht in Gefahr ist, gebildet. In schmutzigen Uniformen, mit Säbel und Revolver bewaffnet, stolzierten sie durch die Straßen. Was davon etwa zu militärischer militärischer Organisation gelangen sollte, kann gar leicht ein die öffentliche Ruhe bedrohendes Product werden, wenn an Stelle des Enthusiasmus für die Republik der Haß gegen die Dictatur tritt. Es mögen Monate vergehen, bis es dahin kommt; aber allem Anschein nach zu schließen, wird der Scenenwechsel nicht ausbleiben. Die jugendlichen Jünglinge der Militärschule wollten Brasilien von seinen auswärtigen Schulden befreien, und zu diesem Zwecke beschlossen sie, eine Collecte zu halten, zu der nicht nur sie selbst, sondern auch andere Bewohner des Landes beisteuern sollten. Die auswärtige Schuld mag sich im Ganzen auf etwa 800—900 Millionen Mark belaufen. Eine solche Summe durch eine Collecte aufzubringen, darauf können nur Kinder oder Leute kommen, welche von der wahren Lage der Dinge keinen Begriff haben. Trotzdem nahm die provisorische Regierung den Plan so beifällig auf, daß der Finanzminister vor einer Versammlung von Militärschülern und anderen Leuten den Gegenstand in eingehender Rede besprach und empfahl. Sammlungen anzustellen, mit deren Ertrag man aber nicht die auswärtige Schuld, welche ein Vortheil für das Land sei, sondern die innere Schuld ganz oder theilweise tilgen solle. Das ist natürlich eine Albernheit, denn die innere Schuld beträgt heute 1300—1400 Millionen Mark.

Der Kaiser von China und seine Mutter.

Nachrichten des „Ost. Lloyd“ aus Peking zufolge ist das Verhältnis zwischen dem jungen Kaiser von China und der Kaiserin-Witwe, welche dem Kaiser ja immer noch mit Rathschlägen zur Seite steht, ein sehr gespanntes. Das ist nicht neueren Datums, sondern rührt aus der Zeit her, als die Kaiserin-Witwe zur Gemahlin des Kaisers eine ihrer Nichten auswählte. Diese Wahl war nicht ganz im Einklange mit den Bestimmungen des Thronfolgers, dessen Herz in leidenschaftlicher Liebe für die Tochter eines hohen Manchu-Militärschöpfers entbrannt war, und der seiner Mutter auch das Geheimniß seiner Liebe offenbarte. Diese aber wollte nichts von der Wahl des jungen Kaisers hören, ja, sie gab es nicht einmal zu, daß er sich eine andere Manchu-Dame, die sich unter den zahlreichen hoffnungsvollen Heirathscandidatinnen befand, welche dem Kaiser vorgestellt wurden und in die er sich verliebt hatte, zur sogenannten zweiten Gemahlin wählen dürfte. Der Kaiser sah sich somit genöthigt, die Nichte der Kaiserin-Witwe zu heirathen, die älter als er selbst ist und, wie verlautet, gerade keine Schönheit sein soll. Wenn schon dieser Umstand der erste Stein des Anstoßes gewesen ist, welcher das Verhältnis zwischen der Kaiserin-Witwe und dem Kaiser gespannt machte, so haben selber noch mehrere Factoren dazu beigetragen, den Bruch zu erweitern. Unter anderen Umständen, die in Peking die Kunde machen, erzählt man sich, daß der Kaiser eine Anzahl von prächtigen Schafen und Ziegen im Palast hielt, die er mit großer Sorgfalt selbst fütterte und aufzieht. Da diese Lieblingshiere innerhalb der Palastmauer nicht gut füttern, so besah der Kaiser, daß dieselben innerhalb der Einzäunung des Himmelparkes auf die Weide getrieben werden sollten. Der Vorschlag, die Thiere auf einem so

geheiligten Plage grasen zu lassen, empörte die Kaiserin-Witwe dermaßen, daß es zwischen ihr und dem Kaiser zu einem heftigen Streite kam, in welchem die Kaiserin scheinbar den Kürzeren zog. Nach den letzten Berichten von Peking ist das Verhältnis zwischen den beiden hohen Personen kein besseres geworden, ja, es soll sich sogar verschlimmert haben, und hierin muß man wohl den Grund suchen, daß, wie wir bereits Gelegenheit hatten zu melden, in der Hauptstadt sich eine Unruhe betreffend die Stabilität der Dinge im Reich der Mitte bemerklich macht.

Deutschland.

* Berlin, 30. December. Prinz Heinrich und die Prinzessin Irene von Preußen trafen, wie aus Athen unterm 25. Decebr. geschrieben wird, an Bord der „Irene“ am 29. d. Mts. von Venedig aus in Korfu ein, woselbst sie zu einem zehntägigen Aufenthalte in dem Schloße des Königs Georg von Griechenland Quartier genommen haben. Der Prinz hatte gebeten, besondere Vorkehrungen zu seinem Empfange nicht zu treffen, so daß nur der Bürgermeister und der Vorsteher der städtischen Collegien das princliche Paar bei der Landung begrüßten und in das Schloß geleiteten. Nach dem am griechischen Hofe eingetragenen Meldungen beabsichtigt Prinz Heinrich mit seiner Gemahlin von Korfu aus an Bord der „Irene“ nach Alexandrien zu fahren und sich von dort zu einem mehrwöchigen Aufenthalte nach Aairo zu begeben.

[In dem Proceß wegen Beleidigung der Reichsanwälte jüdischer Concessionen] hat — der „St. Ztg.“ zufolge — die Staatsanwaltschaft gegen das am 24. d. M. gefällte Erkenntniß des Berliner Schöffengerichts die Berufung eingelegt, weil nicht auf Verurtheilung wegen Beleidigung des Rechtsanwalts Dr. Sello erfolgt ist. Wie eine Lokalcorrespondenz mittheilt, beabsichtigt auch der Angeklagte, gegen das ergangene Urtheil Berufung einzulegen, da er den Rechtsanwalt Meschelsohn nicht für legitimirt erachtet, den Straf-antrag wegen Beleidigung einer großen Personengemeinschaft zu stellen.

* [Juristentag.] In juristischen Kreisen macht sich eine entschiedene Strömung zu Gunsten der Abhaltung einer Versammlung des deutschen Juristentages im Jahre 1890 geltend, indem namentlich auch auf die Wichtigkeit des Beginns der ersten fünfjährigen Legislaturperiode des Reichstags in diesem Jahre hingewiesen wird. Gerade durch ein Tagen vor dem Zusammentritt oder bei Beginn der Thätigkeit des neuen Reichstages würde der Juristentag vielleicht einen wichtigen Einfluß auf dessen Entscheidungen in vielen wichtigen Rechtsgebieten, so namentlich auch in der wieder vor den Juristentag zu bringenden Frage der Berufung gegen die Urtheile der Straf-kammern gewinnen. — Der ständige Ausschuss des deutschen Juristentages trat am Freitag Abend zu einer Sitzung zusammen, um zunächst über die Frage der Einberufung einer Versammlung im Jahre 1890 zu berathen. Ein endgültiger Beschluß wurde darüber noch nicht gefaßt, vielmehr beschlossen, noch die auswärtigen Mitglieder des Ausschusses zu einer begütlichen Aeußerung zu veranlassen. Dagegen einigte man sich dahin, daß in jedem Falle schon im Jahre 1890 Gutachten über die dem nächsten Juristentage vorzulegenden Fragen eingeholt und veröffentlicht werden sollen. Der größere Theil dieser Fragen beschäftigt sich wiederum mit dem Entwurfe eines bürgerlichen Gesetzbuchs für das deutsche Reich, u. a. auch mit den hervorstechendsten Gebieten des Hypothekensystems und des ehelichen Güterrechts. Auch die weitere Aeußerung interessirende Frage, mit welchen Mitteln den Mißbräuchen der sog. Abzahlungsgeschäfte zu begegnen sei, soll dem nächsten Juristentag vorgelegt werden. Aus dem Strafrecht erwähnen wir die Frage nach der Strafbarkeit der Trunksucht und der Zulässigkeit bedingter Verurtheilungen aus dem Handelsrecht, die Fragen betreffend die Erweiterung oder Beschränkung der sog. abfoluten Handelsgeschäfte und die rechtliche Stellung der sog. Minderkaufleute. Endlich sollen auch gesetzgeberische Fragen aus dem Colonialrecht zum ersten Male den deutschen Juristentag beschäftigen.

* [„Ariensfall“ im Cartell.] Die „Arensig.“ hat mittheilt, daß der conservative Provinzialverein für Ostpreußen in einem geheimen Zusatzartikel zu den vor einiger Zeit bezüglich des Cartells gefassten Beschlüssen bereits Bestimmung über das Verhalten der Partei traf in dem Falle, wo die Nationalliberalen in Ostpreußen das Cartell verließen sollten. Dieser Fall ist nach der Ansicht der „Arensig.“ dadurch eingetreten, daß die Nationalliberalen in Elbst einen Gegencandidaten gegen den 1887 mit nationalliberaler Hilfe gewählten hochconservativen Oberpräsidenten v. Schleiermann aufgestellt haben. Die „Arensig.“ meint, die nächste Folge würde sein, daß der nationalliberale Vertreter Königsmann, Abg. Hoffmann, nicht wieder gewählt würde. — Darüber ist die „Nationalzeitung“ sehr erschrocken; sie rath den ostpreussischen Nationalliberalen, daß sie durch directe Anfrage bei den Leitern des conservativen Provinzialvereins sich darüber alsbald Gewißheit verschaffen, und fügt hinzu:

Es dünkt uns unannehmlich, daß die einzelnen Wahlkreise in Deutschland sich so, wie die „Arensig.“ es offenbar wünscht, nach der Art eines amerikanischen „Caucus“ von einzelnen „Drahtziehern“ sollten nach Maßgabe der Verhältnisse in anderen Wahlkreisen dirigiren lassen.

Jetzt auf einmal? Und doch hat die „Nationalzeitung“ erst vor wenig Tagen noch den listigen Nationalliberalen gegenüber den Grundsatz vertreten, daß dieselben auf Grund des neuen Cartells bedingungslos den Conservativen Heeresfolge leisten sollten. Jetzt „dünkt“ der „Nat.-Ztg.“ plötzlich manches „unwahrscheinlich“, was doch nur eine Folge des Cartellprinzips ist. Die Verwerflichkeit desselben für jeden wahrhaft Liberalen zugeben hütet sich natürlich das genannte Blatt wohlweislich.

* [Verwaltung der Berliner Canalisationswerke.] Nach dem vorliegenden Jahresberichte über die Verwaltung der Canalisationswerke waren am Schlusse des letzten Verwaltungsjahres bereits 18 745 Grundstücke in den Radialsystemen I. bis VII. an die allgemeine Canalisationsanlage angeschlossen gewesen, von denen 297 Grundstücke außerhalb des Berliner Reichsgebietes liegen. Die Gesamtzahl der in diesen Radialsystemen wohnenden Personen beträgt 1 193 207, die Gesamtmenge des geleiteten Wassers 44 919 165 Cubikmeter. Die Verwaltung der Rieselgüter erhielt im Berichtsjahre einen erheblichen Zuwachs durch die Uebnahme des bisher verpachtet gewesen,

für die Aufnahme der Abwässer des Radialsystems XII. bestimmten Güter Hellerstraße. Das Gesamtareal der der Stadtgemeinde geböhrigen Güter umfaßt 6668,38 Hectare, wovon 762,98 Hectare an Gärten und kleine Landwirthschaften verpachtet werden konnten. Die Gesamtsummen der Canalisationsverwaltung betrugen am 31. März 1889 noch 72 826 883 Mk. Was die Ertragsfähigkeit der Rieselgüter betrifft, so sagt der Bericht darüber u. a.: Bei normalen Witterungsverhältnissen und mittlerem Preisstande für die Rieselproducte ist eine allmähliche, wenn auch langsame Ertragssteigerung zu erwarten, doch darf die Erwartung finanzieller Ueberschüsse aus der Rieselwirthschaft nicht zu hoch gespannt werden. Dennoch bildet, abgesehen von der durch die Canalisationsverwaltung bewirkten Stadt- und Flußreinigung, der volkswirtschaftliche Nutzen der Abwässer-Verwertung mit einer mäßigen Bodenrente zusammen genommen ein erfreuliches Resultat.

* [Für die Schloßfreiheit-Cotteler] wird in jeder preussischen Stadt von mindestens 100 000 Einwohnern eine Collecte errichtet werden.

* [Der Ausschuss des deutschen Handelslages] ist gegenwärtig in Berlin zusammengetreten. In der Berathung desselben brachte der General-Secretär des deutschen Handelslages, Consul Annette, die vorzuschlagende Veränderung der Handelsbeziehungen zum Auslande Deutschlands in den nächsten Jahren zur Sprache, die sich aus dem baldigen Ablauf der Handels- und Meßbegünstigungsverträge ergebe, indem er der Ueberzeugung Ausdruck gab, daß bei der Erneuerung dieser Verträge die principielle Frage werde zum Austrag gebracht werden müssen, ob man bei einem autonomen Tarif beharren oder zum Conventionaltarif übergehen solle. Der Ausschuss des Handelslages lehnte es jedoch ab, schon jetzt zu dieser Frage Stellung zu nehmen, da man nicht voraussehen könne, ob nicht wesentliche Veränderungen in den wirtschaftlichen Beziehungen der Länder in den nächsten zwei Jahren eintreten würden. — Im weiteren wurde die Nothwendigkeit betont, eine genaue vergleichende Statistik über den Ein- und Ausfuhrhandel nach den verschiedenen Ländern seitens des kais. statistischen Amtes aufzustellen, und eine dazugehörige Resolution beschloffen. In den Sitzungen des Ausschusses wurde auch lebhaft Klage geführt über die Zurückhaltung der Postverwaltung bei Anlage neuer Fernsprecheinrichtungen. Wie Herr Michels (Aöln) mittheilt, verlangt das Reichspostamt für die Einrichtung von Fernspreverbindungen zwischen den verschiedenen Plätzen entweder die Theilnahme von mindestens 20 Theilnehmern oder, daß seitens der Theilnehmer oder der theilnehmenden Handelshäuser eine bestimmte Jahresentnahme für die Dauer von 5 Jahren gewährleistet werde. So sei für die Fernsprechklinie Aöln-Düren-Aachen die Garantie für eine jährliche Soll-Einnahme von 5500 Mk. beansprucht worden, und für die projectirte Fernsprechklinie Mainz-Koblenz-Aöln werde die Gewährleistung einer Jahresentnahme von 17 000 Mk. verlangt. Allgemein wurde ausgesprochen, daß es für die Postverwaltung nicht angebracht sei, die Erweiterung des Fernsprechnetzes davon abhängig zu machen, daß die Anlagekosten sich gleich in den ersten Jahren verzinsen. Weitere Gegenstände der Berathung bildeten die Frage der Zollbehandlung der Petroleumfässer und die Verschiedenheit der Termine für die Abhaltung der Buß- und Beträge in den Bundesstaaten. In der ersten Frage wurde die Berechtigung der erheuten Beschwerden anerkannt, jedoch von Beschlüssen mit Rücksicht auf die Ausfuhrlosigkeit, hier Wandel zu schaffen, abgesehen. Die Verschiedenheit der Buß- und Beträge wurde als ein Mangel anerkannt, eine Agitation für Schaffung eines allgemeinen deutschen Buß- und Betrages jedoch gleichfalls als ausfallslos abgelehnt.

* [In Mecklenburg kein Cartell.] Der nationalliberale Parteivorstand für Mecklenburg hat, nach dem „Berl. Tagebl.“, das Anerbieten der Conservativen zur Eingehung eines Cartellbündnisses ablehnend bechieden. Ein nachahmenswerthes Beispiel!

Altona, 28. Decebr. Die Gründung einer Hochseefischer-Gesellschaft wird hier abermals, wie bereits früher, beabsichtigt. Man glaubt, der „Aöln. Ztg.“ zufolge, daß eine solche Gesellschaft für Altona von besonderem Vortheile sein wird, und hofft bei dem Unternehmen auf eine thätigkeits Unterstützung der städtischen Verwaltung.

Stuttgart, 30. Decebr. Die Adalgin ist an der Infuenza leicht erkrankt.

München, 30. December. Zur Theilnahme an der persönlichen Beglückwünschung des Kaisers anlässlich des Neujahrseffes begeben sich die bairischen Corpscommandeure Prinz Leopold und der General v. Drff morgen früh nach Berlin. Prinz Leopold wird von Berlin aus direct nach Oesterreich reisen.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 30. December. Der Kaiser hat dem Ackerbauminister Grafen Falkenhayn das Großkreuz des Leopold-Ordens verliehen, den Minister für Landesvertheidigung Grafen Wessersheimb in das Herrenhaus berufen, den Minister für Cultus und Unterricht Dr. Gautsch in den Freiherrnstand erhoben und dem Minister der Justiz Grafen Schönborn, sowie dem Minister ohne Portfeuille Ritter v. Jaleski den Orden der Eisernen Krone erster Klasse verliehen.

Die Conferenzen der deutschen und der holländischen Vertrauensmänner beginnen am 4. Januar im Palais des Ministerraths-Präsidiums unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Grafen v. Taaffe. Fürst Alexander Schönborn ist ebenfalls zu den Conferenzen eingeladen worden. (M. T.)

Frankreich.

Paris, 30. Decebr. Nach einer aus Obock eingegangenen Meldung sind 2 französische Missionäre auf dem Wege von Zeilah nach Harar durch Parteigänger des Sultans von Amphalle getödtet worden. (M. T.)

England.

London, 29. Decebr. Wie verlautet, begiebt sich das englische Kanonenboot „Swallow“ nach Rio de Janeiro zum Schutze der englischen Interessen. Zwei weitere Schiffe werden voraussichtlich demnächst von Montevideo dahin abgehen.

Der hiesige deutsche Botschafter Graf Haffelndt leidet noch immer an Infuenza und kann das Zimmer noch nicht verlassen. Seit gestern hat sich der Zustand jedoch etwas gebessert. (M. T.)

Italien.

Rom, 30. December. Der Papst hat heute ein Confitorium abgehalten. (M. T.)

Verantwortliche Redacteure: für den politischen Theil und ver-
misste Nachrichten: Dr. A. Hermann, — das Feuilleton und Literarische
H. Höpner, — den lokalen und provinziellen, Handels-, Marine-Theil und
den übrigen redactionellen Inhalt: A. Klein, — für den Inzeratentheil
H. B. Kaufmann. Sammtlich in Danzig

zu H. M. Salomon in Danzig
Hierzu eine Beilage.